



Barthle-Brief

Nr. 20

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

19.12.2014

Thema der Woche:

Rückblick auf ein gutes Jahr für Deutschland **Angela Merkel und Volker Kauder ziehen Bilanz**

In der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im Jahr 2014 haben die Bundeskanzlerin und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Bilanz gezogen.

2014 wurde mit der Erinnerung an den Ausbruch zweier Weltkriege sowie mit den Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Mauerfalls ganz unterschiedlicher Phasen deutscher Geschichte gedacht. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach daher von einem großen Glück, das Europa durch seine Einigung wiederfahren sei. In ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat wies die Bundeskanzlerin darauf hin, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa gerade vor dem Hintergrund aktueller Krisen und Kriege alles andere als selbstverständlich sind.

Mit Blick auf die Ukraine-Krise machte die Regierungschefin deutlich, dass der Konflikt zwischen der Regierung in Kiew und den pro-russischen Separatisten in der Ostukraine militärisch nicht zu lösen sei. Man suche daher weiter den Dialog mit Russland. Leitlinie bleibe, dass sich „die Stärke des Rechts durchsetzt und nicht das Recht des Stärkeren“. Sanktionen gegen Russland müssten nach den Worten der Kanzlerin so lange bestehen bleiben, wie das Land „gegen die Prinzipien von Recht, Respekt und Partnerschaft verstößt“.

Neben außenpolitischen Themen bestimmen in Brüssel wirtschaftspolitische Schwerpunkte die Agenda. Bei den Gesprächen geht es vor allem um den von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgestellten Investitionsplan der EU-Kommission. Dieser sieht Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro vor, um die wirtschaftliche Stärke Europas aus-

zubauen. An den Gesprächen nehmen auch die Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) teil, bei der der Investitionsfonds angesiedelt werden soll. Aufgabe der EU-Kommission und der EIB wird es sein, Projekte mit einem europäischen Mehrwert auszuwählen und den weiteren Investitionsfahrplan vorzulegen. Merkel sagte, die durch die Investitionen geförderten Projekte müssten vor allem in Zukunftsbereiche wie den Digitalsektor oder den Energiemarkt fließen. Auch kleine und mittlere Unternehmen sollten gefördert werden. Gleichzeitig warnte die Bundeskanzlerin jedoch davor, das geplante Investitionspaket als neues öffentliches Ausgabenprogramm zu sehen: Entscheidend sei, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. "Es muss vor allem um die Mobilisierung privater Investitionen gehen", sagte Merkel.

Als weitere Grundpfeiler für eine wirtschaftliche Erholung in Europa müssten demnach die „wachstumsfreundlichen Konsolidierungen der nationalen Haushalte fortgesetzt werden“. Dazu seien weitere Strukturreformen und ein Bürokratieabbau sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene nötig. Die Kanzlerin ließ keinen Zweifel daran: Künftige Krisen könnten nur dann verhindert werden, wenn man schon jetzt „die Ursachen bekämpft“. Mit den in diesem Jahr eingeführten dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismen sei man dem einen großen Schritt näher gekommen. Auch Bankenrisiken könne nun besser vorgebeugt werden – und gleichzeitig werde nicht mehr der Steuerzahler mit seinem Geld für das Fehlverhalten von Dritten haften. „Das waren wir den Menschen schuldig“, so die Kanzlerin.

Unionsfraktionschef Kauder machte in seiner Rede deutlich, wie wichtig auch die deutsch-französische Freundschaft seit jeher für Friedensprozess in Europa gewesen sei. Kauder würdigte in diesem Zusammenhang „den unermüdlichen Einsatz“ des in der letzten Woche überraschend verstorbenen Außenpolitikers Dr. Andreas Schockenhoff. Er habe stets für die deutsch-französische Partnerschaft gekämpft. Kauder erinnerte noch einmal dankbar daran, dass man in Europa zu einer „übereinstimmenden Meinung gekommen ist, wie man den Weg des Friedens geht“. Auch hier habe sich der Konsens des Dialogs als richtig erwiesen.

Kauder zog in einem Bericht an die Fraktion allerdings auch eine innenpolitische Bilanz des Jahres: „CDU und CSU haben mit ihren Parteitagen in Köln und Nürnberg erfolgreiche Schlusspunkte unter das politische Jahr 2014 gesetzt und beeindruckende Signale der Geschlossenheit und des politischen Gestaltungswillens gegeben. Angela Merkel ist nicht nur als Vorsitzende der CDU, sondern auch in ihrer Beliebtheit als Bundeskanzlerin unangefochten. Und auch die Umfragen für die CSU belegen die Worte ihres Vorsitzenden Horst Seehofer, dass die Zustimmung in der Bevölkerung zur CSU-Regierungspolitik enorm ist.“

Am Ende dieses Jahres blicken wir auf das Geleistete und Erreichte zurück und sehen eine ordentliche Bilanz im ersten vollen Jahr der Großen Koalition. CDU, CSU und SPD stellen dem Land unter Führung unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel eine gute Regierung. Wir haben die Mütterrente versprochen und durchgesetzt. Wir haben die Menschen vor Steuererhöhungen bewahrt. Und wir waren die treibende Kraft, ohne die eine wichtige Zeitenwende im Sinne von Generationengerechtigkeit und wirtschaftlicher Vernunft nicht möglich gewesen wäre: Unser Bundeshaushaltsplan für 2015 kommt ohne neue Schulden aus. Wir haben schließlich auch erreicht, dass der Bundeswirtschaftsminister ein Entbürokratisierungsprogramm vorgelegt hat, das im nächsten Jahr durch konkrete Maßnahmen umgesetzt wird. Wir helfen den Ländern und Kommunen bei der Bewältigung der hohen Zahlen an Flüchtlingen und Asylbewerbern, die zu uns nach Deutschland kommen.

Diese Hilfen sind konkret und bestehen z.B. in der mietzinsfreien Überlassung von Immobilien des Bundes zur Unterbringung von Asylbewerbern, durch die finanzielle Entlastung von Ländern und Kommunen sowie weitere gesetzliche Änderungen. Menschen, die vor Krieg und Verfolgung, die vor dem Terror des so genannten Islamischen Staats in Syrien und im Irak fliehen – häufig traumatisiert – werden in unserem Land aufgenommen. Wir kommen damit nicht nur unseren humanitären Verpflichtungen nach. Dies hat auch sehr viel mit dem christlichen Menschenbild zu tun, das Maßstab unseres politischen Handelns ist. Darauf sollten wir auch in der öffentlichen Diskussion hinweisen und dies Demonstrationen entgegensetzen. Auch der Koalitionspartner hat für ihn wichtige Beschlüsse umsetzen können. Uns allen ist aber klar, dass wir uns im Jahr 2015 wegen der eingetrübten wirtschaftlichen Lage und besonderen außenpolitischen Situation deutlich mehr auf Sicherung und Stärkung von Wachstum und Beschäftigung konzentrieren müssen. Wir werden weiterhin nüchtern, pragmatisch und entschlossen für die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen eintreten.“

ten 🌐 Kurznachrichten 🌐 Kurznachrichten 🌐

Bundesverfassungsgericht zur Erbschaftsteuer

Das Bundesverfassungsgericht hat an diesem Mittwoch Teile des Erbschaft- und Schenkungssteuerrechts für verfassungswidrig erklärt. Zwar hält das Gericht die Privilegierung des Betriebsvermögens grundsätzlich für zulässig, es beanstandet aber einzelne Teile der Verschonungsregelungen. Hierzu erklärte der Parlamentskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Das Bundesverfassungsgericht hat uns heute den Auftrag gegeben, das Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht in Teilen neu zu fassen. Insbesondere die steuerliche Begünstigung von Unternehmen, die durch den Erben unter Erhalt der Arbeitsplätze fortgeführt werden, muss novelliert werden. Das Gericht hat aber im Grundsatz bestätigt, dass eine Verschonung von Betriebsvermögen unter bestimmten Umständen zulässig ist. Das ist ein wichtiges Signal für den Mittelstand in Deutschland.“

Damit bleibt es auch in Zukunft grundsätzlich möglich, Unternehmen ohne hohe Erbschaftsteuerbelastungen auf die nächste Generation zu übertragen, wenn die Unternehmen fortgeführt und Arbeitsplätze erhalten werden.

Wir haben nun den Auftrag, die betroffenen Regelungen bis zum 30. Juni 2016 zu überarbeiten. Dieser Aufgabe werden wir uns im Deutschen Bundestag gemeinsam mit Bundesregierung und Bundesrat zügig widmen. Bei der Überarbeitung des Erbschafts- und Schenkungssteuerrechts werden wir uns selbstverständlich an die Vorgaben halten, die uns das Bundesverfassungsgericht gegeben hat. Gleichwohl sind gerade die mittelständischen Familienunternehmen, die in Sonntagsreden parteiübergreifend gerne auch als das Rückgrat unserer Wirtschaft bezeichnet werden, ein entscheidender Faktor für unseren wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand. Sie dürfen deshalb gerade beim Unternehmensübergang nicht zusätzlich belastet werden. In Übereinstimmung mit den Vorgaben des Koalitionsvertrages werden wir auch für die Betriebe eine Regelung finden, welche durch die Beanstandungen des Bundesverfassungsgerichts besonders betroffen sind. Eine Unternehmensnachfolge in Familienunternehmen darf auch zukünftig nicht durch Erbschaftsbesteuerung gefährdet werden. Dass das jetzt gültige Recht noch bis zur Änderung des Gesetzes angewandt werden darf, ist auch darauf zurückzuführen, dass wir im Jahr 2013 Umgehungsmöglichkeiten wie die Cash-GmbHs gesetzlich abgeschafft haben. Diese Maßnahme war richtig und wichtig."

Trauer um Andreas Schockenhoff

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag hat gleich zu Beginn dieser Woche in ihrer letzten Sitzung in diesem Jahr ihrem am Wochenende plötzlich verstorbenen langjährigen Mitglied Andreas Schockenhoff in einer Schweigeminute gedacht.

Der Vorsitzende der Landesgruppe, Thomas Strobl, sprach von einem tief sitzenden Schock: „Man mag es gar nicht glauben, dass Dr. Andreas Schockenhoff nicht mehr bei uns ist. Als langjähriger Bezirksvorsitzender in Württemberg-Hohenzollern, als Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion und als erfahrener Außen-, Europa- und Sicherheitspolitiker hat er sich für unsere Partei unermüdlich engagiert. Wir verlieren mit ihm nicht nur einen erfahrenen Parlamentarier sondern vor allem einen Freund und Politiker mit Format. Seine außenpolitische Expertise war uns allen wertvoll. Unsere Gedanken sind bei seinen Kinder und seiner Familie.“ Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, würdigte die Verdienste Schockenhoffs auf dem Gebiet der Außenpolitik für die Fraktion.

Zitat

„Wir haben einen großartigen Menschen verloren.“

(Volker Kauder würdigt seinen Freund Andreas Schockenhoff anlässlich eines Trauergottesdienstes in der Berliner St. Hedwigs-Kathedrale an diesem Mittwoch)

Allen Leserinnen und Lesern ein besinnliches und friedvolles Weihnachtsfest, viel Glück und Erfolg für das Jahr 2015!